

Stellungnahme der Hochschulleitung der PHB

Mit der Nachricht, dass die AfD Büroräume im selben Gebäudekomplex beziehen will, in dem sich auch unsere Hochschule sowie unsere psychologischen und psychotherapeutischen Einrichtungen befinden, verbindet sich für viele Mitglieder der PHB Unsicherheit und Sorge.

Diese Sorge richtet sich zunächst nicht auf eine konkrete Beeinträchtigung, sondern auf die Frage, wie sich diese neue Nachbarschaft auf Menschen auswirkt, die unsere Hochschule aufsuchen. Zu unseren Studierenden, Patient:innen und Klient:innen gehören Kinder und Jugendliche, Menschen mit Fluchtgeschichte, Menschen mit Behinderungen, Angehörige sexueller und geschlechtlicher Minderheiten sowie viele weitere Menschen, die sich in belastenden Lebenssituationen befinden. Für sie sollen unsere Räume ein Ort sein, an dem sie sich unabhängig von Herkunft, Lebensweise, Weltanschauung oder persönlichen Erfahrungen sicher und respektiert fühlen können.

Wir wollen die Nachricht der neuen Nachbarschaft auch zum Anlass nehmen, darüber nachzudenken, was uns wichtig ist: Psychologie als Wissenschaft und als Praxis respektiert grundsätzlich die Verschiedenheit von Menschen mit ihren Fähigkeiten, Erfahrungen, Eigenschaften und Einstellungen (vorausgesetzt sie bewegen sich im Rahmen von Verfassung und Gewaltfreiheit).

Als wissenschaftliche Hochschule ist es *normalerweise* nicht unsere Aufgabe, politische Parteien zu bewerten oder parteipolitische Auseinandersetzungen zu führen. Die Grundlagen unserer Arbeit besagen jedoch, dass Forschung, Lehre und psychologische Praxis auf wissenschaftlicher Redlichkeit, der Anerkennung der gleichen Würde aller Menschen, dem Respekt vor individuellen Unterschieden sowie dem Schutz besonders vulnerabler Personen beruhen. Diese Grundsätze leiten unser Handeln unabhängig von politischen Entwicklungen.

Wir werden daher aufmerksam hinschauen, ob sich aus der neuen räumlichen Situation Auswirkungen auf unsere Arbeit oder auf das Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühl der Menschen ergeben, die unsere Hochschule aufsuchen. Sollten unsere Studierenden, Patient:innen, Klient:innen oder Mitarbeitenden Einschüchterung, Diskriminierung oder andere Beeinträchtigungen erfahren oder wir davon Kenntnis erhalten, werden wir ihnen entschieden entgegenzutreten und die notwendigen Maßnahmen zum Schutz unserer Hochschulgemeinschaft ergreifen.

Wir hoffen zugleich, dass unsere Lehre, Forschung sowie unsere psychologischen und psychotherapeutischen Angebote weiterhin uneingeschränkt im Sinne ihrer wissenschaftlichen und ethischen Grundlagen erfolgen können.

